



www.inter-uni.net > Forschung

**Zwischen Anpassung und Widerstand
Burgenlands Lehrer unter dem Druck der Politik
Zusammenfassung der Arbeit (redaktionell bearbeitet)**

Silvia Dolmanits mit Elke Mesenholl als Betreuerin
Interuniversitäres Kolleg (college@inter-uni.net) 2008

Einleitung

Diese Thesis beschäftigt sich mit einer sehr wichtigen Ressource für die Entwicklung des Kindes - mit der Schule. Beim Studium der Module des Interuniversitären Kollegs Graz/ Seggau „Sozialisation und Entwicklung“ und „Ressourcen“, besonders bei dem Lernfeld „Schule“ kam die Idee zu dieser Arbeit. Durch meine Tätigkeit als Lehrerin ergab sich die Möglichkeit, verschiedene Quellen zu erschließen. Besonders der Zugang zu Schulchroniken erwies sich als reichhaltige Quelle, ergänzen ließen sich diese Informationen durch Interviews mit und Aufzeichnungen von ehemaligen Schülern und Lehrern. Historische Entwicklungen zu betrachten und ihre Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen zu überlegen, kann sehr interessant sein. In der circa 80- jährigen Schulgeschichte des Burgenlandes gibt es einige Zeiträume, die man näher betrachten könnte, weil sich gravierende Veränderungen für das Gebiet ergeben haben, aber nach Vorrecherchen war es nahe liegend, den Zeitraum von 1921 bis circa 1946 näher anzuschauen, da der gewählte Zeitraum, in relativ kurzer Zeit, eine Reihe von Umstellungen für Lehrer und Schule gebracht hat:

1921 wurde aus Westungarn das Burgenland, 1934 mussten sich die Lehrer zum ersten Mal politisch deklarieren. Sie waren gezwungen, Mitglieder der Vaterländischen Front zu werden, 1938 wurde das südliche Burgenland ein Teil des Gaues Steiermark. Wer zu diesem Zeitpunkt seine politische Meinung gewechselt hatte, ließ sich nach den Aufzeichnungen meist erst ab 1946 erkennen. Innerhalb dieses Zeitraumes fand auch die teilweise Heranführung des ungarischen an das österreichische Schulsystems statt.

Für das gesamte Burgenland gibt es einige Veröffentlichungen zu diesem Thema. Sie bringen aber hauptsächlich Beispiele aus dem nördlichen Burgenland.

Diese Arbeit befasst sich schwerpunktmäßig mit dem südlichsten Teil des Landes, mit dem Bezirk Jennersdorf. Allein die geografische Lage dieses Bezirkes lässt die Vermutung zu, dass es sich hier um ein besonders benachteiligtes Gebiet handelt und die äußeren Bedingungen für Lehrer schwieriger als anderswo waren.

Fragestellung

1921- 1933- 1938 -Wie wirkten sich die politischen Veränderungen im Burgenland auf die Lehrer und die Ressource Schule aus? (Unter besonderer Berücksichtigung des südlichsten Burgenlandes.)

Meine Arbeitshypothese:

- 1) Im Jahre 1921 beschränkte sich die Veränderung hauptsächlich auf die Unterrichtssprache, weil das Schulsystem im Wesentlichen gleich blieb.
- 2) Das Jahr 1933 kam den meisten Lehrern auf Grund ihrer betont christlichen Ausbildung entgegen.
- 3) 1938- Ein Großteil der Lehrer hatte erhebliche Schwierigkeiten, viele gaben dem Druck nach und arrangierten sich nach außen mit dem System.

Methodik

Diese Thesis stützt sich primär auf Literaturrecherchen. Die Grundlage für den ersten Teil:

1. Überblick über die Geschichte des Burgenlandes,

2. Entwicklung des Schulwesens,

3. Besonderheiten und Lage des Bezirkes Jennersdorf

bildeten Veröffentlichungen der „Burgenländischen Forschungen“, der „Burgenländischen Heimatblätter“ herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv, Auszüge aus der Schriftenreihe des Österreichischen Institutes für politische Bildung und eine Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung.

Um der Fragestellung besonders im Schwerpunktgebiet, dem Bezirk Jennersdorf, nachzugehen, wurden 15 Schulchroniken ausgewertet. Diese Schulchroniken umfassen alles, was für die Schule von der Gründung an von Belang und Wert ist. Es werden die an der Schule unterrichtenden Lehrer, besondere Ereignisse und Vorkommnisse, wichtige Zahlen und Veränderungen angeführt. Der größte Teil davon wurde nach dem Zweiten Weltkrieg rekonstruiert, da die meisten Unterlagen in den Kriegswirren verloren gegangen waren. Als besonders ergiebig erwiesen sich vier davon.

Die Auswirkungen der politischen Ereignisse auf Lehrer und Schule lassen sich am besten an der Schulchronik Oberdrosen aufzeigen. Sie wurde im Jahre 1924 von einer Lehrerin, die seit 1922 an dieser Schule Schulleiterin war, angelegt. Sie führte diese Chronik bis zum Jahre 1938, wo sie ohne Erklärung plötzlich abbricht. Diese Frau war eine Lehrerpersönlichkeit, die in der Arbeit als Beispiel für Engagement und Kampfgeist für die Sache der Gleichberechtigung und ihren Wertvorstellungen dienen kann.

Die zweite Chronik ist die von Eisenberg, die zwar rekonstruiert ist, aber den Schriftverkehr zwischen einem Lehrer, dem Schulstuhl (örtliche Schulbehörde) der Apostolischen Administration und der Burgenländischen Landesregierung im Original beigefügt hat. Der Lehrer wirkte von 1912 – 1938 an dieser Schule und kämpfte um Lehrmittel, die Renovierung der Schule, einen Teil seiner Entlohnung und die Verbesserung seiner Wohnverhältnisse und wurde 1938 verhaftet.

Die dritte Chronik ist die Schulchronik der Hauptschule Jennersdorf, die im Originalzustand von der Gründung der Schule 1934 bis zum Jahre 1942/43 erhalten ist.

Die Vierte ist die Chronik von Krobotek. Der Schreiber dieser Chronik begann sie zwar im Jahre 1950, rekonstruiert aber mit Hilfe von Urkunden, Daten aus Pfarrbüchern und mindestens drei übereinstimmenden Aussagen von Dorfbewohnern die Ereignisse von der Gründung der Schule 1879 an. Er bringt immer wieder seine Meinung zu den verschiedenen Ereignissen ein

Die restlichen Chroniken lassen sich als Ergänzung benutzen:

1921- Lehrerwechsel: ungarisch- deutsch

1938- um die vielfach vorgenommenen Versetzungen zu illustrieren.

Zusammenschau von Berichten, Biographien, Verhaftungsprotokollen aus dem Jahre 1938, Erhebungsberichte des Bundeskommissariates Eisenstadt an das LG Wien aus dem Jahre 1946 und Teile aus Lehrerakten sollen einen Eindruck vom Verhalten der Lehrer in dieser Zeit politischer Wirren und schlechtester äußerer Bedingungen vermitteln.

Zeitzeugeninterviews von ehemaligen Schülern und einer Lehrerin runden das Thema ab. Diese Lehrerin zeichnete in einem dreistündigen Interview ihren Weg durch die Schwierigkeiten dieser Zeit zu einer besonderen Lehrerpersönlichkeit nach.

Ergebnisse

Um zu verstehen, welchem Druck Lehrer und Schule im Burgenland nahezu während der gesamten Zeit der Ersten Republik ausgesetzt waren, soll die Entwicklung von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet werden.

- Zuerst wird der Kampf um das gleiche Schulgesetz wie im restlichen Österreich aufgezeigt.
- Dann sollen mittels Auszügen aus und Kommentaren zu Chroniken, Zeitschriften, Dokumenten und Akten, die Schwierigkeiten der Betroffenen untermauert werden.
- Als Abschluss runden Interviews von Zeitzeugen das Bild ab.

1. Kampf um die Schule (Gesetzliche Entwicklung)

Um aus dem Burgenland 1921 ein gleichberechtigtes österreichisches Bundesland zu machen, schien es nahe liegend, die Schulgesetzgebung anzupassen. Es gab dabei aber einige Schwierigkeiten. Einerseits war die Lehrerschaft fast ausschließlich an ungarischen Lehranstalten ausgebildet und daher mit den österreichischen Ausbildungsrichtlinien, die den Zielen der „Wiener Schulreform“ verbunden waren, nicht vertraut. Der ursprüngliche österreichische Lehrplan wurde deshalb bald wieder zurückgenommen und durch einen „Übergangslehrplan für die burgenländischen Volksschulen“ ersetzt.

Andererseits erwies sich die Abschaffung des konfessionellen Schulwesens als größte Hürde. Die Kirche, die sich schon 1868 vehement gegen das liberale Reichsvolksschulgesetz, das in der österreichischen Reichshälfte das konfessionelle Schulwesen abgeschafft hatte, wehrte, setzte sich dafür ein, die Abschaffung auch im Burgenland zu verhindern. Die Christlichsoziale Partei unterstützte sie dabei. Es hätte trotzdem im burgenländischen Landtag eine Mehrheit für die Abschaffung gegeben, aber die Änderung des Schulgesetzes scheiterte an der Zustimmung des Bundes und das sollte sich auch während der gesamten Ersten Republik nicht ändern. Der Ständestaat brachte 1935 sogar die Auflösung der Staatsvolksschulen und deren Umwandlung in römisch katholische Volksschulen mit sich.

Die Beibehaltung der konfessionellen Schulen bedeutete, dass es in vielen burgenländischen Gemeinden zwei oder drei nieder organisierte Schulen gab, die bis zu 120 Schüler in der Klasse

hatten. Die Änderung der Schulpflicht von sechs auf acht Jahre im Jahr 1923 stand zwar auf lange Sicht für die Anhebung der Qualität der Ausbildung, war aber unmittelbar mit starken Belastungen für die Lehrer verbunden. Es fehlten die finanziellen Mittel und die Schulgebäude waren der wachsenden Schülerzahl weder in der Ausstattung noch im Raumangebot gewachsen. Das Ergebnis waren längere Zeit überfüllte Klassen und vielfach Wechselunterricht.

Eine weitere brisante Frage war die Lehrerbesoldung. 1924 wurde die teilweise Naturalentlohnung abgeschafft und durch einen adäquaten Geldbetrag ersetzt. Dies war eine Erleichterung für den Lehrer. Da das Land 90% der Schulkosten trug, versuchten etliche Gemeinden ihre konfessionellen Schulen in Gemeindeschulen umzuwandeln oder um Kosten zu sparen, sie zumindest zusammenzulegen, Sie scheiterten mit diesem Versuch und weigerten sich daraufhin den konfessionellen Schulen ihrer Gemeinde Unterstützung zu leisten. Einige konfessionelle Schulen mussten in der Folge schließen, weil sie kein Heizmaterial hatten. Zwischen diesen Fronten standen wieder die Lehrer, sie erhielten Teile ihrer Entlohnung nicht, mussten mit baulichen Mängeln kämpfen und hatten die nötigsten Unterrichtsmaterialien nicht zur Verfügung.

Der Ständestaat brachte aber auch endlich 1937 ein Schulgesetz für das Burgenland.

Das Schulgesetz von 1937 entsprach in vielen Zügen der Grundidee dieses neuen, faschistischen Staates. Die konfessionellen Schulen wurden gestärkt, die Kirche hatte großen Einfluss, und wenn man das damalige Lehrerdziplinargesetz betrachtet, so sieht man, dass die meisten Vergehen, die ein Disziplinarverfahren nach sich zogen, eher politischer Natur waren. Man wurde bestraft, wenn man den Forderungen dieses Staates nicht entsprach, wenn man sich gegen diesen Staat abfällig äußerte, zu einer der damals verbotenen Parteien ein Naheverhältnis hatte oder mit Personen Umgang pflegte, die in die Nähe dieser Parteien gebracht wurden. In Chroniken findet man Hinweise, wo Lehrer Schwierigkeiten hatten.

1938 brachte eine Verordnung des nationalsozialistischen Landeshauptmann Portschy eine Abschaffung des konfessionellen Schulwesens und wieder zielte eine Verordnung darauf hin, den Lehrer zum Werkzeug des Staates zu machen.

2. Dokumente, Zeitschriften, Chroniken

1921 waren für burgenländischen Schulen die vorrangigsten Probleme der deutschsprachige Unterricht und die Zugehörigkeit zu einem neuen Staat. Für die meisten Lehrer war dies nicht so einfach, weil sie ihre Ausbildung in Ungarn erhalten hatten und die ungarische Sprache, die Sprache der gebildeten Schicht war. Viele Pfarrer waren ebenfalls eher magyarophil. In der Regel gingen Pfarrer und Lehrer gemeinsam, wenn sie aus Innerungarn waren. Dort, wo die Lehrer in der Bevölkerung verwurzelt waren, hier eine Frau gefunden hatten, was man öfter in Chroniken liest, dort blieben die Lehrer. Sie hatten innerhalb von zwei Jahren eine Prüfung in deutscher Sprache abzulegen, was aber nicht wirklich eine Schwierigkeit bedeutete, da sie alle ausnahmslos bestanden, obwohl ungefähr 40% die Sprache nicht ausreichend beherrschten. Die Klassenschülerzahlen lagen im Schnitt bei 50 Schülern. Der Großteil der neuen Lehrer, die für die nach Ungarn abgewanderten kamen, blieb nur für kurze Zeit und trachtete meist danach, bald wieder versetzt zu werden. Manche Schulen wurden als Strafposten betrachtet. Einige Lehrer wurden von der Bevölkerung nicht akzeptiert und deswegen vom Schulstuhl nicht wieder gewählt. Waren die Lehrer von der Bevölkerung anerkannt und im Dorfleben eingebunden, dann blieben sie jahrzehntelang.

1934 griff die Politik sehr massiv in das Leben der Beamten ein. Sie wurden angehalten, der Vaterländischen Front beizutreten. Im Landesbefehl Nr. 1 der Vaterländischen Front vom 13.3.1934 findet man den Auftrag, Ämter und Schulen von Staatsfeinden zu säubern. Man begründete dies aus dem „Notwehrrechte des österreichischen Volkes“. Strafbare Handlungen, wegen denen man des

Dienstes entoben werden konnte, waren Betätigung in einer der verbotenen Parteien, Teilnahme an politischen Demonstrationen, Tragen entsprechender Uniformen und etlicher anderer politischer Symbole usw. Letztendlich genügte es schon, zu wissen, dass ein Beamter mit einer verbotenen Partei sympathisierte oder sich anerkennend über sie äußerte. Durch diesen Erlass wurden unter der Lehrerschaft zumeist Nationalsozialisten getroffen. In dem zur Verfügung stehenden Material weist nichts auf illegale Sozialdemokraten hin. Aber auch die illegalen Nationalsozialisten, die 1938 plötzlich da waren, hielten sich eher bedeckt. Teilweise waren sie nach außen auch Mitglieder der Vaterländischen Front. Man findet im Burgenland später auch kaum Lehrer unter der höheren Funktionärebene der Nationalsozialisten.

Für den Großteil der Lehrer kam der Ständestaat ihren ideologischen Grundwerten entgegen. Die Kirche und die konfessionellen Schulen wurden wieder aufgewertet und die Demokratie mit ihrem Parteienhader hatte unter der Lehrerschaft noch wenige überzeugte Anhänger gewonnen.

In den katholischen Lehrerblättern wird hauptsächlich über die vielen finanziellen Einbußen geklagt und die mangelnde Wertschätzung, die die Arbeit der weiblichen Lehrkräfte erfuhr. Lehrerrüberschuss erforderte ihren teilweisen Abbau, obwohl die Klassenschülerzahl noch immer sehr hoch war.

Junglehrer wurden mit Hungerlöhnen abgefunden.

Auch das neue Schulgesetz 1937 brachte diesbezüglich keine Änderung. Die nun gesetzlich verankerte Klassenteilungszahl war 80. Mit dem Disziplinalgesetz hatte man den Lehrer fest in der Hand.

1938 brachte dann eine noch wesentlich verschärfte Gangart und diesmal traf es die Lehrer mit voller Wucht. Mit dem Einmarsch Hitlers begann sofort eine Verhaftungswelle. Im Burgenland war diese vom Gauleiter Portschy bereits in der Illegalität vorbereitet worden. Es gab bestehende Listen, die sich einer Form der Denunziation der „Politischen Beurteilung“ bedienten. Mit den Spitzenbeamten des Landes wurden Schulinspektoren, Direktoren und Funktionäre der Vaterländischen Front unter den Lehrern verhaftet. Allein im Bezirk Jennersdorf wurden 30 Lehrer von Maßnahmen betroffen. Diese erstreckten sich von der Verhaftung über die Aberkennung des Amtstitels, die Versetzung in einen anderen Bezirk bis zur Zwangspensionierung. Diese Maßnahmen waren sehr wirkungsvoll, die meisten Lehrer fügten sich nach einer gewissen Zeit und wurden zumindest Mitglieder des NS-Lehrerbundes. Einige wurden auch ohne dieses Zugeständnis, später als der Lehrermangel kriegsbedingt zu groß wurde, wieder zurückgestuft eingestellt.

Nach 1945 hatten die Lehrer, die resigniert hatten und sich dem Regime fügten, wieder mit Rückstufungen und Außerdienststellung zu rechnen.

Es gab auch Lehrer, die sich nicht fügten und ihre Stelle während der gesamten nationalsozialistischen Zeit nicht zurückbekamen und einige verbüßten längere Haftstrafen und waren sogar im Konzentrationslager.

Junglehrer wurden in der Regel nicht eingestellt, wenn sie nicht von der Partei akzeptiert waren. Die in Oberschützen ausgebildeten Lehrer waren schon in den Zwanziger- und Dreißigerjahren im deutschnationalen Geiste geschult worden und der sehr starke „Deutsche Schulverein Südmark“ war allmählich von illegalen Nationalsozialisten unterwandert worden. Besonders groß war diese Unterwanderung unter den evangelischen Lehrern. Es gab natürlich auch einige Lehrer, die sich hervortaten, sofort ihre nationalsozialistische Gesinnung zu beweisen. Die Bevölkerung konnte man durch die Einschränkung des religiösen Lebens, das während des Ständestaates eine so große Rolle gespielt hatte, treffen. In den Chroniken findet man solche Beispiele als Schikane.

Andererseits schaffte der nationalsozialistische Landeshauptmann mit einem Federstrich, was in der gesamten Ersten Republik nicht gelungen war, nämlich die Abschaffung des konfessionellen Schulwesens.

3. Interviews:

Frage: Erzählen Sie mir von Ihrer Schulzeit

Robert Feitl, (1906)

Dieses Interview eines mehr als Hundertjährigen steht für eine große Anzahl von Leuten, die man noch in den letzten Jahrzehnten im Bezirk Jennersdorf darüber klagen hörte, dass sie im alten ungarischen Schulsystem kaum etwas gelernt hätten, weil sie meist in ungarischer Sprache, die nicht ihre Muttersprache war, unterrichtet worden waren.

Frau Zych (1916)

Dieses Interview zeigt, wie schwierig es in dieser Zeit war eine Hauptschule zu besuchen, als es im Bezirk noch keine gab. Der Besuch einer Hauptschule bedeutete die Chance auf eine weiterbildende Schule oder zumindest einen Schreibtischjob bei der Post, in der Gemeinde oder bei einer Bank. Das war aber den Meisten nur unter großen Opfern der ganzen Familie möglich.

SR Margarete Postl (1917)

Dieses Interview wurde aus einer Reihe von Interviews ausgewählt, weil die Zeitzeugin, eine 90-jährige Lehrerin, in drei Stunden ihre Erfahrungen, in dem in der Thesis behandelten Zeitraum, berichtet. Sie hatte noch sehr gut verwertbare Erinnerungen an ihren eigenen Volksschullehrer, der von der Wiener Reformpädagogik kam und sie für ihr Leben beeindruckt hatte. Sie stammt aus einem kleinen Ort, wo in dieser Zeit unverhältnismäßig viele Schüler eine höhere Schullaufbahn einschlugen und später im Burgenland wesentliche Positionen besetzten. Die Schilderung ihres Lehrers lässt vermuten, dass es in diesem Ort vom Schulstuhl besonders gut ausgewählte Lehrer gab. Die Erfahrungen ihrer eigenen Schulzeit ließen sie die wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreichen Unterricht erkennen, die Lehrer- Schülerbeziehung. Sie beschreibt, dass das Wichtigste Liebe und gegenseitiger Respekt sei, dass man genau wissen müsse, wo man die Grenze zwischen Güte und Strenge ziehen müsse.

Diskussion

1921 bedeutete für die Lehrer eher eine Verschlechterung, da die Schülerzahl durch die achtjährige Schulpflicht sprunghaft zunahm. Durch die vormals ungarische Unterrichtssprache, den Krieg und die Wirren des Anschlusses bedingt, war die Ausbildung der Schüler mangelhaft. Der Zustand der Schulgebäude und die Lehrmittel ließen zu wünschen übrig. Gesetzlich änderte sich nicht viel, die ungarische Schulgesetzgebung existierte bis 1937.

Die für 1933 aufgestellte Hypothese dürfte für viele Lehrer gestimmt haben. Nach Recherchen fand man aber auch etliche, die die große Einflussnahme der Kirche auf die Schule in den Widerstand trieb und sich dem Nationalsozialismus zuwandten. Die Junglehrer hatten eine sehr schlechte Startsituation als Probelehrer, Frauen wurden äußerst benachteiligt.

Die Hypothese zu 1938 kann man auch nach den abgeschlossenen Recherchen bestätigen. Schon unmittelbar nach dem Anschluss bekamen viele Lehrer Schwierigkeiten, wurden verhaftet, versetzt und zwangspensioniert. Die meisten Verhafteten ließ man nach drei Wochen wieder frei. Diese Aktionen taten bald ihre Wirkung und der Großteil passte sich den neuen Gegebenheiten an. Sie waren Parteianwärter oder Mitglieder des NS-Lehrerbundes aber meist unverändert in ihrem Lehr- und Unterrichtsstil.

